Richtlinie der Stadt Greiz zur Förderung der Arbeit von gemeinnützigen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege

1. Zielstellung und Grundsätze

Der Stadtrat der Stadt Greiz verpflichtet sich, entsprechend der Maßgabe seines Haushaltes, soziale Aktivitäten im eigenen Wirkungskreis zu fördern.

Gefördert werden soziale Projekte und Maßnahmen von gemeinnützigen sozialen Vereinen und Verbänden, die Aufgaben im Sinne des BSHG und des KJHG aktive Hilfe, Beratung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen, Alten, Behinderten, Personen mit besonderen sozialen Problemen und sozial-benachteiligten Bürgern sowie präventive Arbeit, Beratung und Betreuung leisten. Die Maßnahmen und Projekte werden von der Stadt Greiz nach Maßgabe ihres Haushaltes gefördert.

Ein Rechtsanspruch auf Zuschüsse nach dieser Richtlinie besteht nicht. Mittel von Dritten (Bundes- oder Landeszuschüsse bzw. Stiftungsgelder) sind soweit wie möglich in Anspruch zunehmen. Die Antragsteller haben in jedem Falle Eigenmittel bzw. Eigenleistungen zu erbringen. Die städtischen Zuschüsse, die Drittmittel und Eigenmittel dürfen die anererkennungsfähigen Kosten nicht überschreiten. In diesem Falle reduziert sich der städtische Zuschuss entsprechend. Die Gesamtfinanzierung der Maßnahme muss in jedem Falle gesichert und im Antrag dokumentiert sein.

2. Voraussetzung für die Gewährung von Zuschüssen

Alle Anträge auf Förderung nach dieser Richtlinie sind bei der Stadtarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege bis zum **05.10.** des Kalenderjahres für das folgende Jahr zu stellen. Eine Kopie des Antrages ist bei der Stadtverwaltung, Amt für Soziales, Jugend, Kultur und Sport, abzugeben. Über die Höhe der Zuschüsse beschließt der Kultur- und Sozialausschuss des Stadtrates Greiz. Die Stadtarbeitsgemeinschaft prüft alle Anträge und gibt eine Beschlussempfehlung an den Kultur- und Sozialausschuss.

2.1. Bereitstellung von Fördermitteln

Die Stadt stellt in Ihrem Haushaltplan Fördermittel für soziale Vereine und Verbände zur Verfügung. Die Fördermittel sind zweckgebunden einzusetzen.

2.2. Förderberechtigung

Förderberechtigte sind Vereine und Verbände, freie Träger sowie Selbsthilfegruppen. Der Antragsteller muss

- seinen Sitz in der Stadt Greiz haben oder im Stadtgebiet tätig und allen Bürgern der Stadt Greiz offen sein. Die Förderung gilt ausschließlich für in Greiz lebende und gemeldete Bürger.
- seine Aufgaben im Wesentlichen durch angemessene Mitgliedsbeiträge für Erwachsene, Jugendliche und Kinder lösen
- Mitglied der Stadtarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege sein
- mindestens zur Zeit der Antragstellung ein Vierteljahr bestehen.

Nicht gefördert werden Maßnahmen und Projekte, die Leistungen des BSHG bzw. des KJHG als Pflichtaufgabe enthalten

3. Allgemeine Bedingungen der zuschussfähigen Maßnahmen und Projekte

Zuschüsse sind ausschließlich und unmittelbar für den beantragten Zweck zu verwenden.

Im vorgelegten Finanzierungsplan muss die Gesamtfinanzierung gesichert sein.

Der Antragsteller hat eine angemessene Eigenbeteiligung und/ oder Finanzierungszusagen Dritter nachzuweisen. Die prüffähigen Abrechnungen der Fördermittel erfolgen bis spätestens zum 30. Juni des Folgejahres. Dabei sind nur Originalbelege/- quittungen vorzulegen.

Die Stadtverwaltung ist berechtigt, im Zweifelsfall die Richtigkeit der Verwendung der Zuschüsse durch Einsicht in die Kassenunterlagen bzw. durch Besichtigung nachzuprüfen.

Zuschüsse können gewährt werden, wenn der Antragsteller die Bewilligungsbedingungen anerkannt hat. Ändern sich im Laufe des Kalenderjahres die Voraussetzungen des gestellten Antrages oder der Zweck, so besteht die Möglichkeit, einen Änderungsantrag zu stellen. Über den Antrag entscheidet der Kultur- und Sozialausschuss.

4. Schwerpunkte der Förderung

Gefördert werden können Betriebs- und Sachkosten, Maßnahmen und Projekte sowie Investitionen.

4.1. Betriebs- und Sachkosten

Zuschussfähig sind:

- allgemeine Geschäftskosten (Post- u. Fernmeldegebühren, Energiekosten, Mieten, Büro- oder Verbrauchsmaterial)
- Sachkosten (Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Gebrauchsgegenständen unter 411 €). Die Höhe dieses Zuschusses kann max. 766,94 € im Jahr betragen.

Nicht zuschussfähig sind Zinsen und Vorschusszinsen, Abschreibungen auf Anlagevermögen

4.2. Maßnahmen und Projekte

Maßnahmen und Projekte werden auf der Grundlage eines Finanzierungsplanes, der einen Eigenanteil aufweist, gefördert. Dabei ist durch Teilnehmerlisten mit Namen und Anschriften der Nachweis zu erbringen, dass die Zuschüsse für Bürger der Stadt Greiz verwendet werden.

Gefördert werden können:

- Veranstaltungskosten (Honorare, Reisekosten, Werbung)

Nicht bezuschussungsfähig sind vereinsinterne Feste, Aufwendungen für Verpflegungen, Reisekosten für Beschäftigte (ABM, 249 h, Festanstellung) und Personalkosten bei Busreisen und Ausfahrten.

4.3. Investive Maßnahmen

Zuschussfähige Kosten sind Anschaffungs- und Herstellungskosten.

Dazu zählen nicht:

- Aufwendungen für Teile der Einrichtungen, die nicht der förderfähigen Zwecken dienen
- Erwerb des Baugrundstückes und die Erschließungskosten
- Kosten der Beschaffung und Verzinsung von Finanzierungsmitteln

Zuschüsse zur Durchführung von Investitionen dürfen nur bewilligt werden, solange mit der Ausführung der Maßnahmen noch nicht begonnen worden ist. In Ausnahmefällen kann die Zustimmung zur Ausführung der Maßnahme vor Bewilligung der Zuschüsse erteilt werden. Daraus kann jedoch kein Anspruch auf Gewährung des Zuschusses abgeleitet werden. Bei Baumaßnahmen muss die geförderte Einrichtung mindestens 25 Jahre ihrem Verwendungszweck erhalten bleiben. Bei Zuschüssen zur Anschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen beträgt die Verwendungsfrist mindestens 5 Jahre. Werden die Mindestfristen nicht eingehalten, sind Zuschüsse auf Verlangen der Stadt Greiz zurückzuzahlen und vom Zeitpunkt des Wegfalls der Zweckbindungsfrist an mit 6 % p.a. zu verzinsen.

Die Übertragung von Zuschüssen in das nächste Kalenderjahr ist möglich. Sie bedarf aber der Antragsform und der Zustimmung des Sozialausschusses.

4.4. Förderung in besonderen Fällen

Soweit eine Förderung nach dieser Richtlinie nicht möglich ist, kann bei Nachweis einer besonderen Belastung eine einmalige Zuwendung (Fehlbedarfsfinanzierung zur Weiterführung der Arbeit) bewilligt werden.

Der Antrag muss eine genaue Schilderung des Sachverhaltes und der Finanzsituation enthalten.

5. Antragstellung

Der Antrag erfolgt, soweit vorhanden, auf Formular, ansonsten formlos mit folgenden Aufgaben:

- Rechtsform / Träger
- Name / Bezeichnung - Anzahl Mitglieder/ Teilnehmer
- Anschrift (Straße, PLZ, Ort)
- Auskunft erteilt (Name, Telefon)
- Bankverbindung / Name und Sitz des Kreditinstituts
- Antragsgegenstand / Projekt
- Durchführungszeitraum
- Projektbeschreibung / Konzeption
- Kosten- und Finanzierungsplan mit allen zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben.
Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein.

6. Bewilligung

Der Zuschuss kann bis 30 % der als zuschussfähig anerkannten Kosten betragen.

7. Verwendungsnachweis

Bis zum 30.06. des Folgejahres ist ein prüffähiger Verwendungsnachweis zu erbringen. Wird die Nachweisfrist nicht eingehalten bzw. der Zuschuss nicht wie angegeben verwendet, kann der gesamte Betrag zurückgefordert werden.

Die Zuschüsse sind wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

8. Bereitschaftserklärung

Der Antragsteller erklärt grundsätzlich seine Bereitschaft, bezuschusste Räumlichkeiten oder Einrichtungsgegenstand nach Möglichkeit und Absprache auch anderen Förderberechtigten zur kostenlosen Nutzung zu überlassen.

9. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.